

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksachen 20/5552 –**

Verhältnismäßigkeit bei der Regulierung kleiner und mittlerer Unternehmen herstellen – Den Mittelstand wirksam und dauerhaft von überproportionalen Belastungen befreien

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, den Mittelstand von Bürokratie zu entlasten und die Wirtschafts- und Ordnungspolitik dementsprechend zu priorisieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5552 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Dr. Sandra Detzer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Sandra Detzer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/5552** wurde in der 85. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der AfD stellt fest, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland überproportional stark durch staatliche Bürokratie belastet würden. Im Vergleich zu großen Unternehmen entstünden kleinen und mittleren Unternehmen durch die Erfüllung von rechtlichen Vorgaben überproportional hohe Kosten. Der bürokratische Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft sei so hoch wie nie zuvor. Angesichts der Tatsache, dass der Mittelstand nahezu 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland vertrete und mit einem Wert von 61 Prozent zur gesamten Nettowertschöpfung beitrage sowie 55 Prozent der Arbeitsplätze und 80 Prozent der Auszubildendenplätze stelle, sei dieser Zustand nicht tragbar. Den Mittelstand einseitig und unverhältnismäßig zu belasten, bedeute letztlich, die deutsche Wirtschaft und die deutschen Beschäftigten massiven Gefahren auszusetzen. Der Mittelstand sei für die deutsche Wirtschaft systemrelevant.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf, die Entlastung des Mittelstands in ihrer Wirtschafts- und Ordnungspolitik zu priorisieren. Die Bundesregierung solle einen Gesetzentwurf vorlegen, der die überproportionale Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen durch die Befolgung gesetzlicher Vorschriften wirksam und vollständig beseitigt. Der Nationale Normenkontrollrat solle hierfür eine Evaluierung der durch Bürokratie belastenden Verordnungen und der daraus entstehenden Erfüllungsaufwendungen erstellen und im Anschluss einen Vorschlag zur Entlastung der Unternehmen von eben jenen vorlegen. Auf die weiteren Forderungen im Antrag wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5552 in seiner 105. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/5552 in seiner 88. Sitzung am 16. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/5552 in seiner 83. Sitzung am 16. Oktober 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5552.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Dr. Sandra Detzer
Berichterstatlerin

